

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Steigende Armut ernst nehmen und Ursachen bekämpfen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Der Landtag nimmt den jüngsten Armutsatlas des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für das Jahr 2013 mit Besorgnis zur Kenntnis. Demnach erreichte die Armut in Deutschland einen neuen Höchststand. Die Armutsquote stieg innerhalb eines Jahres um 0,5 Prozentpunkte auf 15,5 Prozent und betraf damit rund 12,5 Millionen Menschen. Zudem geht die Schere zwischen armen und wohlhabenden Regionen weiter auseinander. Die Armutsquote bei der am meisten von Armut betroffenen Region ist viermal so hoch wie die Quote in der am wenigsten betroffenen Region.
2. Der Landtag betrachtet die Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern als besorgniserregend. Nachdem das Land bereits in den vorangegangenen Berichten bedenkliche Trends aufzeigte, setzt sich Mecklenburg-Vorpommern erneut negativ ab und verzeichnet überproportionale Zuwächse. Im Jahr 2013 lebte fast jeder vierte Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern unterhalb der Armutsgrenze, im Landesteil Vorpommern waren es gar ein Drittel der Menschen. Damit war Mecklenburg-Vorpommern erneut das Flächenland mit der höchsten Armutsquote.
3. Von Armut besonders betroffen sind Erwerbslose und Alleinerziehende. Über 40 Prozent der Alleinerziehenden und fast 60 Prozent der Erwerbslosen in Deutschland sind arm - seit dem Jahr 2006 mit steigender Tendenz.
4. Auch die Kinderarmut ist von 2012 auf 2013 um 0,7 Prozentpunkte auf 19,2 Prozent gestiegen und erreichte damit den höchsten Wert seit 2006.
5. Schließlich hat auch die Altersarmut bedrohlich zugenommen. Die Armutsquote der Rentnerinnen und Rentner ist seit 2006 überproportional stark angestiegen. Keine andere Bevölkerungsgruppe zeigt eine rasantere Armutsentwicklung.

-
6. Gerade vor dem Hintergrund der alarmierenden Feststellungen des aktuellen Armutsberichts des Paritätischen und der besonderen Betroffenheit Mecklenburg-Vorpommerns hält der Landtag Diskussionen über eine Definition von Armut, die den Konsens der Europäischen Union verlässt, für unangemessen und irreführend.
 7. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass selbst in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität und sinkender Arbeitslosenzahlen Armut nicht ab- sondern sogar zunimmt. Die Abkopplung der Entwicklungen von Wirtschaft und Armut unterstreicht die Notwendigkeit, aktiv zu handeln und Maßnahmen einzuleiten, die der steigenden Armut entgegenwirken.
- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ihm bis zum 30. April 2016 einen Armutsbericht für Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit einem konkreten Maßnahmenplan zur Zurückdrängung und Vermeidung von Armut vorzulegen. Dieser soll unter Einbeziehung der Sozialpartner und in Anlehnung an Berichte der Bundesregierung und verschiedener Bundesländer die konkrete Situation der Armut in Mecklenburg-Vorpommern darstellen und politische Handlungsoptionen aufzeigen. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Arbeit, Bildung, Familie, Kinder und Jugendliche, Soziales, Gesundheit und Mobilität.

Helmut Holter und Fraktion